

STELLUNGNAHME DES FORUM MENSCHENRECHTE ANLÄSSLICH DER POLITISCHEN UND MEDIALEN DEBATTE NACH DEN ENTSCHEIDUNGEN DES VG BERLINS

Respekt vor dem Recht und Achtung von Justiz und Zivilgesellschaft

Am 2. Juni 2025 entschied das Verwaltungsgericht Berlin in drei Eilverfahren, dass die in den Fällen stattgefundenen Zurückweisungen von Asylsuchenden an der deutsch-polnischen Grenze rechtswidrig waren. Im Zuge dieser Entscheidungen ist eine öffentliche Debatte entbrannt, die nach Ansicht des FORUM MENSCHENRECHTE den Respekt vor dem Recht und der Justiz in Deutschland schwächt und Organisationen der Zivilgesellschaft diskreditiert. Sie gefährdet somit die Strukturen unserer demokratischen Gesellschaft.

Als Netzwerk von über 50 Nichtregierungsorganisationen, die sich für den Schutz der Menschenrechte einsetzen, beunruhigen uns diese Entwicklungen sehr.

Zivilgesellschaft als relevanter Teil unserer Demokratie

Es ist Teil unseres Rechtsstaats, dass von neuen Rechtseinschränkungen Betroffene vor Gericht prüfen lassen können, ob die Einschränkung rechtens ist oder nicht. Es ist auch nicht skandalös, wenn sie hierfür von Nichtregierungsorganisationen unterstützt werden. Denn für viele Menschen – zum Beispiel, wenn sie der deutschen Sprache nicht mächtig oder anders gesellschaftlich benachteiligt sind – ist es schwierig, alleine vor Gericht zu ziehen. Für sie funktioniert der Rechtsstaat nur mit entsprechender Unterstützung. Trotzdem wird genau diese Unterstützung nach den Entscheidungen des Verwaltungsgerichts Berlin nicht nur medial, sondern auch von Regierungsfractionen politisch angegriffen und mit Strafbarkeitsvorwürfen konfrontiert.

Eine aktive Zivilgesellschaft ist die Grundvoraussetzung für eine lebendige Demokratie. Doch in Europa und auch in Deutschland gerät zivilgesellschaftliches Engagement zunehmend unter Druck. Der CIVICUS-Monitor ist ein weltweit anerkanntes Forschungsinstrument, das den Zustand des zivilgesellschaftlichen Raums in Ländern bewertet. Deutschland wurde [2024 im CIVICUS-Monitor](#) erstmals von „offen“ auf „beeinträchtigt“ herabgestuft. Dies ist mit Restriktionen bezüglich Klima-Protesten und gegenüber der Palästina-solidarischen Bewegung [begründet](#). Wir beobachten mit Sorge verschiedene Versuche, zivilgesellschaftliche Arbeit zu delegitimieren und einzuschränken – sei es durch pauschale Forderungen nach Aberkennung der Gemeinnützigkeit, dem Ruf nach Entzug staatlicher Förderungen oder durch Anzeigen gegen „Unbekannt“, die de facto einzelne Organisationen ins Visier nehmen und bedrohen.

Respekt vor Gerichtsbeschlüssen als Teil des Rechtsstaates

Es ist Aufgabe der Regierung, mit neuen Gerichtsentscheidungen angemessen umzugehen und ihre Politik zu überprüfen, wenn sie in Klageverfahren zur Legitimität staatlichen Handelns unterliegt.

Leider entsteht nach den Entscheidungen des Verwaltungsgerichts Berlin der Eindruck, dass Persönlichkeiten aus der Regierungskoalition Teile der Regierung an ihrer vom Gericht als

rechtswidrig angesehene Maßnahmen festhalten wollen, anstatt die Argumentation des Gerichts nachzuvollziehen und für ihr weiteres Handeln zu berücksichtigen. Damit wird der Respekt von Gerichtsbeschlüssen in den Behörden und Verwaltungen sowie auch grundsätzlich in der Gesellschaft untergraben - dies stellt eine bedrohliche Entwicklung für unseren Rechtsstaat dar.

Besonders gravierend ist die mediale Diffamierung der beteiligten Richter*innen und ihre Bedrohung. Hierzu darf es in einem Rechtsstaat nicht kommen. Das [gemeinsame Statement](#) der Bundesjustizministerin und der Justizminister*innen der Länder war eine wichtige Reaktion. Rechtsanwält*innen spielen eine genauso wichtige Rolle für den funktionierenden Rechtsstaat wie die Justiz. Auch sie müssen vor Anfeindungen geschützt werden.

Rechtsstaat und Demokratie stärken

Angriffe auf die Justiz und die Gewaltenteilung, sowie die Diffamierung von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen sind bekannte Strategien aus dem Playbook derjenigen, die Rechtsstaat und Demokratie insgesamt untergraben wollen. Das haben wir in Ländern wie Ungarn und Polen gesehen. In Deutschland werden solche Diskurse zum Beispiel von rechten Online-Medien vorangetrieben und zunehmend auch von bekannten Medien aufgegriffen.

Das FORUM MENSCHENRECHTE fordert alle politischen Entscheidungsträger*innen auf, klar von Angriffen auf die Justiz sowie von der Diskreditierung zivilgesellschaftlichen Engagements Abstand nehmen. Es braucht gemeinsame Anstrengungen zur Verteidigung aller Säulen einer demokratischen Gesellschaft, die weltweit, in Europa und auch in Deutschland unter Druck steht.